

Heute wie vor 100 Jahren

Krieg dem Krieg

Für die soziale Revolution!



Heute wie vor 100 Jahren

Krieg dem Krieg



Für die soziale Revolution!

Inhaltsverzeichnis:

3	Editorial
4	Einleitung
9	Der Erste Weltkrieg
12	What is it good for?
15	Deutscher Militarismus heute
21	Abschließendes
22	Endnoten
23	Anarchistische Gruppen der FdA & NRW
24	Assoziierte Projekte der FdA

Die Broschüre entstand im Rahmen der Antimilitarismus-Kampagne 2014, durch Gruppen der AFRR sowie der fda-ifa:

Föderation Deutschsprachiger Anarchist*innen * fda-ifa.org

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr * afrheinruhr.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Dortmund * ag-do.de

Libertäre Gruppe aus Bochum * lgausbo.noblogs.org

Einfach machen (Duisburg) * einfach.machen@riseup.net

Anarchistische Gruppe Krefeld * agkrefeld.blogspot.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg * lbquadrat.org

Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel * anarchistische-initiative-kl.blogspot.de



Editorial



Liebe Leser*innen,

wir richten uns mit dieser Broschüre an jede und jeden von euch. Vielleicht habt ihr diese Broschüre von uns direkt am Aktionswochenende in Dortmund in die Hand gedrückt bekommen, oder bereits im Vorfeld auf einer der Mobi-Veranstaltungen. Vielleicht ist sie euch aber auch erst später in die Hände gefallen, weil sie zufällig in einem selbstverwalteten Zentrum lag, in einer Uni, oder auf einem verlassenem Sitz in der S-Bahn. Wir wissen jetzt, da wir sie schreiben, noch nicht wer diese Broschüre genau lesen wird. Wir hoffen aber, dass sie Menschen die mit anarchistischen Ideen bereits vertraut sind, ebenso erreicht wie Menschen denen die Idee des Anarchismus neu ist oder die sie bisher fataler Weise mit Chaos verwechselt haben. Die Gleichsetzung von Anarchie mit Chaos macht aus propagandistischen Zwecken für alle Menschen Sinn, die Angst vor der Stärke einer Idee haben, in der jede*r Mensch gleichviel Wert ist und gleichviel zu sagen hat. Mit dieser Idee streben wir allerdings danach unser Zusammenleben auf Augenhöhe und mit einem gesunden Selbstwert zu organisieren. Kein Mensch soll sich unterlegen fühlen oder unterordnen müssen. Anlässlich des hundertsten Jahrestags des Beginns des ersten Weltkriegs in diesen Tagen möchten wir uns in diesem Heft und in der Kampagne damit auseinandersetzen, wie sich das Verhältnis unserer Gesellschaft zu Krieg und Unterdrückung seit dem ersten Weltkrieg verändert hat

und welche Antworten Anarchismus dafür zu bieten hat. Eine der Zentralsten ist, soviel sei an dieser Stelle vorweggenommen, die Notwendigkeit der sozialen Revolution. Der Abbau von sozialen Ungleichheiten, der nach unserer Auffassung mit dem Abbau von Herrschaftsstrukturen einhergehen muss. Erst wenn wir alle auf Augenhöhe miteinander unsere Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben aushandeln können, werden wir uns nicht mehr dazu gedrängt fühlen, empfundene oder reale Benachteiligung mit Waffengewalt ausgleichen zu müssen. Der Abbau von Kriegsgründen gelingt uns mit dem Abbau von Machtstrukturen und Abhängigkeitsverhältnissen, dem Durchbrechen von Systemen wie Ohnmacht, Angst vor Machtverlust und dem im Parlamentarismus häufig vertretenen Gefühl, nicht clever genug zu sein um die Politik die uns betrifft selbst zu gestalten.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der Lektüre und hoffen ein paar produktive Gedanken anzuregen!

Die Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr im Herbst 2014

(Über Anregungen Diskussion und Kritik freuen wir uns immer. Ihr könnt mit uns auf den Veranstaltungen in Kontakt treten oder über die E-Mail: kriegdemkrieg@riseup.net)

Einleitung

Wir töten, wie man uns befahl, mit Blei
und Dynamit, für Vaterland und Kapital,
für Kaiser und Profit.

(Erich Mühsam, Soldatenlied, 1916¹)

Es liegt wohl auf der Hand, dass sich ein anarchistisches Ideal von Freiheit und sozialer Gleichheit, wie wir es anstreben, nur schwerlich mit Militärkultur vereinen lässt. Ist Militär doch konzeptionell schon immer ein Unterdrückungsapparat der Herrschenden gewesen, dessen bloße Existenz auch heute noch fundamental der Aufrechterhaltung von Herrschaft dient. Die unberechtigten Ansprüche auf Herrschaft und ihre Privilegien lassen sich erst durch die Gewalt und die Loyalität des Militärs nach innen und nach außen verteidigen und im Laufe der Zeit manifestieren. So kommt dem Krieg für den Staat, neben seiner selbstverständlichen Außenwirkung, dem Gewinn von Rohstoffen und dem Einfügen in geopolitische Machtgefüge auch eine wichtige innenpolitische Bedeutung zu: Krieg stabilisiert die hierarchischen Strukturen innerhalb unserer Gesellschaft und bringt die Bevölkerung immer auch auf eine Linie im Sinne der herrschenden Ordnung.

Hierarchische Strukturen werden uns durch das Militär auf eine ins Extreme getriebene Art vorgelebt. Orientieren wir uns an der Logik des Militärs, so bedeutet dies Folgendes: Wir verwerfen eigenständiges

Denken und vertrauen unseren Chefs, Vorgesetzten, Berufspolitiker*innen oder Polizeipräsident*innen – Menschen die wir entweder für fähiger als uns selbst halten oder vor denen wir Angst haben, weil sie mächtiger sind als wir. Das Militär geht sogar so weit, von „seinen“ Soldat*innen bedingungslos Gehorsam zu fordern. Wenn es von einer höheren Hierarchieebengewünscht ist, so verlangt dieser Gehorsam von Soldat*innen, auf Befehl Menschen zu töten oder Menschen mit Gewalt davon abzuhalten Dinge zu tun, die ihnen ihre Menschlichkeit zu tun gebietet, beispielsweise Widerstand zu leisten. Dieses Selbstverständnis ist nicht nur zutiefst menschenfeindlich, sondern auch ein Verbrechen an dem von ihm unterdrückten gesellschaftlichen Fortschritt.

Der Kult um die Zurschaustellung der aktivierbaren Streitmacht, bei Militärparaden oder durch die Präsenz von bewaffneten Soldat*innen im Stadtbild, ist nicht bloße ästhetische Frage, sondern – viel entscheidender – auch eine politische und psychologische. Nach innen wie nach außen soll signalisiert werden, welche Macht eine*n niederringen wird, wenn man es wagt die Autorität des Staates in Frage zu stellen.

Auch wenn große Militärparaden in Deutschland dieser Tage anscheinend nicht mehr durchgeführt werden und durch die Abschaffung der Wehrpflicht die Verankerung der Bundeswehr in der

Zivilbevölkerung geringer geworden scheint, drängt die Bundeswehr trotzdem mit öffentlichen Gelöbnissen, Großen Zapfenstreichen und ihren Werbekampagnen in den öffentlichen Raum und es ist nicht weniger wichtig, sich mit genau diesen Umbrüchen – ihren offensichtlichen Vorteilen, aber im Besonderen auch ihren versteckten Nachteilen – auseinanderzusetzen.

Aktuelle Entwicklungen in Bezug auf die zunehmende Beteiligung deutscher Streitkräfte an Kriegen weltweit sowie die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Inland oder den Aufbau der RUSKr (Regionale Sicherheits- und Unterstützungskräfte), einer speziell zum „Heimatschutz“ konzipierten Truppe, sollten allen freiheitsliebenden Menschen Sorge bereiten.

Krieg und Herrschaft

Unser Bild vom Krieg ist heute komplexer geworden. Technischer und gesellschaftlicher Fortschritt haben in Europa teilweise zu größeren bürgerlichen Freiheiten geführt, aber auch neuen globalen Unterdrückungsmechanismen den Weg geebnet, die im Deckmantel von Marktwirtschaft und angeblicher Selbstverantwortlichkeit der Unterdrückten heute etwas perfider als der ursprüngliche Kolonialismus daherkommen. Wenn man sich nicht politisch interessiert, ist es möglich, heute in Deutschland zu leben und sich nicht darüber im Klaren zu sein, dass Deutschland sich regelmäßig durch die Bundeswehr und noch viel häufiger indirekt, etwa wirtschaftlich, an Kriegen beteiligt. Die Schrecken dieser Kriege mögen zwar für uns als Menschen, die in Deutschland leben, nicht immer präsent sein, dennoch profitieren wir jeden Tag

unbewusst durch sie. Wir profitieren beispielsweise von einer verhältnismäßig stabilen Wirtschaft, auch in Zeiten, in denen andere Länder durch kapitalistische Krisen und Kriege verarmen. Das liegt nicht etwa daran, dass die Menschen, die hier leben, so außergewöhnlich fleißig sind, sondern unter anderem daran, dass sie für viel Geld Waffen und Kriegsgerät verkaufen und sich an Bürgerkriegen beteiligen, um billig an Rohstoffe zu kommen oder Handelsrouten zu sichern. Auf den deutschen Einfluss auf heutige Kriege und Konflikte werden wir an späterer Stelle in einem gesonderten Kapitel genauer eingehen.

Krieg bedeutet in Nationalstaaten, genauso wie einst in den „realsozialistischen“ Staaten der UdSSR und der DDR, vor allem staatliche Gewaltausübung und birgt die Tendenz zum Totalitären. Diese dem Krieg innewohnende Tendenz eröffnet einen Freiraum für jegliche Repression, der sich durch die freie Hand, die die Zivilgesellschaft den Institutionen der Staatsgewalt für diesen Ausnahmezustand anbietet, entfalten kann. Die Geschichte hat immer wieder bewiesen, dass diese Freiräume für Repressionen forciert werden, die der Ausnahmezustand bringt. Heute können wir erleben, dass sich auch die Regierenden Krieg führender Länder, die ihre Zivilbevölkerung aus diesen „auswärts geführten“ Kriegen heraus halten, diese entstehenden Möglichkeiten zu Nutzen machen. Der „Krieg gegen den Terror“ beispielsweise erlaubte einigen westlichen Ländern Eingriffe in die Freiheit der Menschen, die ohne diese Umstände politisch wohl nicht durchzusetzen gewesen wären.

Für solche Legitimationen wird meist eine von außen kommende Bedrohung überspitzt oder gar inszeniert, wodurch in der Gesellschaft die Angst vor einem Angriff und der Ruf nach Sicherheit entstehen. Dieser Ruf bestärkt diejenigen in ihren Positionen, die mit Militär und Polizei argumentieren, da sie sich vor der Mehrheitsbevölkerung als Beschützer*innen von Ordnung und kultureller Hegemonie darstellen können. Die Geschichte zeigt, dass in den letzten hundert Jahren nicht nur einmal die bloße Behauptung einer akuten Bedrohung ausgereicht hat, um einen sogenannten Präventivschlag durchzuführen. Prominente Beispiele sind hierfür der Überfall von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion 1941 („Unternehmen Barbarossa“) und der Beginn des dritten Golfkriegs 2003. Auch beim Ersten Weltkrieg hat die vorgebliche Verteidigung in der Kriegspropaganda eine Rolle gespielt.

Uns wird dabei vermittelt, der Krieg sei zu unserem Vorteil, da er Ordnung bringt oder erhält. Also müssen wir uns die Frage stellen: Welche Ordnung und für wen? Wenden wir uns von den strategischen Zielen der Regierenden ab, was ist dann ein Krieg für die Menschen, die unmittelbar betroffen sind? Ein Töten und Sterben, eine Vernichtung von Menschenleben und Ressourcen und eine aufkommende Armut. Ganze Generationen, die Traumata in sich tragen, und all das für einen Menschen oder eine Idee, die mensch für größer und besser als sich selbst hält oder aber vor deren Gewalt mensch Angst hat. So fängt kein besseres Leben an. Gerade deswegen ist es reizvoll, einen Krieg fern der Heimat zu führen

und hierfür eine abstrakte Bedrohung als Begründung aufzubauen. Auch wenn Verluste hingenommen werden müssen, ist der Krieg für die eigene Bevölkerung nicht wirklich sicht- und erfahrbar.

Wurden die Menschen früher noch vom plumpen Nationalchauvinismus in den Ersten Weltkrieg getrieben, wird uns Krieg heute als notwendig beschrieben, da er Ordnung in Form von „Rechtsstaatlichkeit“ schaffen soll, die aber oft nicht viel mit dem grundsätzlichen Gedanken der Menschenrechte zutun hat. Diese Ordnung, von der – wenn auch manchmal in andere Vokabeln verpackt – so geschwärmt wird, scheint aber nicht eine Ordnung im Sinne der Menschen zu sein. Sie scheint lediglich ein Selbstzweck und eine Mittlerin zur Macht zu sein. Macht bringt ihre eigene Vorstellung von Ordnung, die sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, und diese Ordnung stärkt wiederum die Macht, nicht die Menschen.

Nun scheint also diese Ordnung, von der alle Welt spricht, die durch Kriege – heute „Interventionen“ genannt – gesichert beziehungsweise hergestellt werden soll, nicht im Sinne der Menschen zu sein, denen sie eigentlich helfen soll. Immer müssen Menschen unter den entsetzlichen Folgen der Kriege leiden. Wenn der Krieg weit entfernt stattfindet, so das Kalkül, soll die eigene Bevölkerung nur einigete tote Landsleute und hohe Kosten zu beklagen haben. Allerdings darf Krieg niemals nur die direkt Betroffenen etwas angehen. Frei nach Henry Millers „Jeder Krieg ist eine Niederlage des menschlichen Geistes“² muss die Tragweite der Entscheidung zum Krieg viel weiter gefasst werden. Wir müssen feststellen, dass Ordnung als Vokabel in diesem Kontext zu Propagandazwecken

missbraucht wird und beiderzuhörenden Person ein falsches Bild erzeugen soll. Krieg bringt keine Ruhe und Besinnung, sondern Kugeln, Granaten und Bomben. Die Ordnung, von der geredet wird, wenn sie als Produkt des Krieges genannt wird, ist nichts anderes als Herrschaft von Menschen über andere Menschen. Und Herrschaft ist Unordnung, da sie Gleichem unterschiedliche Wertigkeiten zuschreibt, wenn sie einen Menschen über den anderen stellt.

In der Argumentation für Kriege nimmt also das Wort Ordnung eine zentrale Rolle ein. Diese „Ordnung“ nutzt allerdings nur denjenigen, die sie mit Waffengewalt installieren, nicht denjenigen, die hinterher damit leben müssen. Das Verhältnis zwischen Diktierendem und Entgegennehmendem ist dabei ähnlich bevormundend wie schon in der Kolonialzeit. Und die richtigen Argumente werden weiterhin durch die stärkere Streitmacht definiert. Die tatsächlichen Gründe sind dann wohl eher die erhofften wirtschaftlichen Vorteile, sowie in Verbindung mit der Kriegspropaganda und gruppenspezifischen Prozessen die Stärkung eines Gemeinschaftsgefühls, das zumeist auf die Nation bezogen ist. Natürlich müssen von Seiten des Staates enorme Mittel eingesetzt werden um den Krieg zu führen, aber dafür können die allgemeinen Steuermittel benutzt werden, während zum Beispiel Rüstungsfirmen und oft auch Rohstoffkonzerne Profite machen. Durch das vermeintliche Wohlstandswachstum aufgrund der steigenden Wirtschaftsdaten bekommt die Bevölkerung des militärisch siegreichen Landes den Eindruck, dass die Regierung ihre Sache gut macht, auch wenn davon wohl eher wenig bei ihr ankommen wird.

Dies hat zur Folge, dass der Staat immer weniger bis gar nicht mehr hinterfragt wird. In der Folge ziehen etwa der Ausbau einer flächendeckenden Videoüberwachung oder sonstige Aushöhlungen von Grund- und Menschenrechten weniger oder gar keine Proteste mehr nach sich.

Je nach Kriegsverlauf profitiert allerdings nicht allein die offensive Seite vom Krieg. Auch die Regierungen der angegriffenen Staaten erleben, so sie bestehen bleiben, zunächst einen Anstieg ihrer Macht und Handlungsfreiheit, da sich die vom Angriff betroffene Bevölkerung meist verstärkt hinter die Führungskräfte des „eigenen“ Staates stellt, von denen sie sich am ehesten Schutz verspricht.

Die Hoffnung, doch noch vor der Verelendung eines verlorenen Krieges oder vor dem eigenen Tod geschützt zu werden, stärkt die Identifizierung mit den Kräften, denen man es zutraut sich zu wehren. So wird der Weg für konservatives und antiemanzipatorisches Gedankengut jeglicher Couleur freigemacht und dem Eintritt von „Terrororganisationen“ die Möglichkeit gegeben. Um diesen Kreislauf zu beenden ist es wichtig, herrschaftskritisch mit staatlichen Forderungen umzugehen und Herrschaftsstrukturen zu beseitigen. Denn Frieden kann nur dort entstehen, wo niemand herrscht.

Anarchistischer Antimilitarismus

Wir sind davon überzeugt, dass das gesellschaftliche Ziel, für das wir eintreten, immer bereits in den Mitteln, mit denen wir kämpfen, vorhanden sein muss. Die befreite Gesellschaft ist ein Prozess des kollektiven Lernens und Anwendens, kein

seliger Zustand, der mit dem einmaligen Einsatz von Waffengewalt erreicht werden kann und dann am nächsten Tage, mit einer zum vorherigen Prozess gegensätzlichen Handlungsmaxime, etabliert ist. Uns ist dabei klar, dass es notwendig sein wird, sowohl uns und unsere Errungenschaften zu verteidigen zu müssen und manchmal auch erst zu erkämpfen, weil uns das Feld nicht freiwillig überlassen wird. Weder Änderungen im Zusammenleben noch das Durchsetzen von eigenen Aktionen allein werden uns zum Ziel führen. Frieden lässt sich nach unserer Auffassung weder mit Waffen letztendlich herstellen noch dauerhaft sichern, sondern nur durch die Beseitigung der Gründe, die Menschen dazu bringen Krieg zu führen. Für den Frieden führt kein Weg an der sozialen Revolution vorbei.

Infolge des dritten Kongresses der IAA (Internationale ArbeiterInnen-Assoziation), der 1928 in Lüttich stattfand, regte Arthur Müller-Lehning über den Pressedienst der IAK (Internationale Antimilitaristische Kommission), eine Debatte über den Militarismus in der anarchistischen Szene an. Damals wurde kontrovers diskutiert, wie mit Militär und Rüstungsindustrie im Kriegsfall oder wenn die Revolution zu verteidigen gelte, umzugehen sei. Müller-Lehning vertrat, im Widerspruch zu einem Beschluss des besagten IAA-Kongresses, die Auffassung, es sei für die arbeitende Klasse sinnvoller die Waffen und die Kriegsindustrie zu zerstören, als sich ihrer zu bemächtigen.³

Die Frage inwieweit Gewalt gegen Menschen auf dem Weg in eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft legitim sein kann, bleibt bis heute eine zentrale Frage der anarchistischen Auseinandersetzung.

Geschichtliche Ereignisse wie der Spanische Bürgerkrieg oder die NS-Zeit zeigen, dass sich direkte Gewalt manchmal nur mit Gewalt abwehren lässt. Nichtsdestotrotz bleibt die NS-Zeit möglicherweise die deutlichste Mahnung gegen Krieg und Militarismus, aus der die Menschheit lernen muss. Aber wie sieht es nun mit dem Kampf gegen strukturelle Gewalt aus, mit der wir es heute wesentlich häufiger zu tun haben? Sie kommt subtiler daher und ist trotzdem beispielsweise in der Lage, ganze Länder als Schuldensklaven auszunehmen, oder sie hat direkte Todesopfer zur Folge und ist trotzdem gesetzlich legitimiert, wie beispielsweise die Massenmorde an Flüchtlingen im Mittelmeer durch Frontex. Diese Frage muss sich wohl jede*r selbst stellen. Eine interessante Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung findet sich in dem von Emma Goldman geschriebenen Aufsatz „Was ich denke ...“ von 1908. In diesem Aufsatz setzt sie sich nicht nur mit Militarismus auseinander, sondern erläutert auch ihre Ansichten zur Gewaltanwendung als Reaktion auf staatlich legitimierte, strukturelle Gewalt. Infolge der sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre bildete sich eine starke Strömung für Freiheit ohne Gewalt heraus, mit vielen Anknüpfungspunkten für anarchistische Theorie. Auch wenn sich viele Menschen aus diesen Spektren oft selbst nicht als Anarchist*innen sehen, gibt es doch viele Überschneidungen. Eine zentrale Rolle in den Debatten um pazifistischen Anarchismus kommt der seit 1972 erscheinenden Zeitung Graswurzelrevolution zu, die das Bestreben einer Revolution, die von unten kommt und im Kleinen anfängt, bereits im Namen trägt.⁴

Da sich der Beginn des Ersten Weltkriegs dieses Jahr zum hundertsten Mal jährt, möchten wir uns mit ihm und der Kontroverse auseinandersetzen, die er auch unter Anarchist*innen hervorrief. In den folgenden hundert Jahren hat die Menschheit gravierende Veränderungen und Umbrüche erlebt, deren Ergebnisse wir heute allzu oft als selbstverständlich ansehen. Deshalb lohnt es sich auch, einen Blick darauf zu werfen, wie sich die Art der Kriegstreiberei und die Haltung der Mehrheitsbevölkerung dazu verändert hat. Anschließend werden wir einen Sprung in die Gegenwart machen und unseren heutigen Umgang mit Militär und Kriegsbeteiligung, auch durch die Privatwirtschaft, in Deutschland beleuchten.

Der Erste Weltkrieg

Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.

(Bernhard von Bülow, 1897⁵)

Der Erste Weltkrieg war nicht nur wegen seiner Dauer oder seiner Kontinuität umspannenden Dimension neu. In ihm wurde die Massenarmee in einen erstmals hochindustrialisierten Kriegsgeschicht, der die Einbindung industrieller Produktion und ein Ausmaß von Zerstörung mit sich brachte, das bisher unbekannt war. Gleichzeitig ist die Art und Weise, mit der viele Menschen vom Krieg begeistert waren und freiwillig in das Verderben rannten, ein grauenhaftes Mahnmal.

Wie 1914 der Erste Weltkrieg begann, ist bis heute eine Frage, an der sich die Geisterscheiden und die Erklärungen von den jeweiligen Interessenslagen abhängen.

Soll der Krieg einfach „ausgebrochen“ sein, wie eine Naturgewalt oder wurde er geplant und gewollt – es geht also immer wieder um die Frage nach Schuld. Liegt sie bei keinen, bei allen oder einigen Beteiligten? Für alle Deutungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist der Erste Weltkrieg bestimmend. Für den Historiker Hobsbawm markierte er sogar den Beginn des „kurzen 20. Jahrhunderts“, und Bezeichnungen wie „der Große Krieg“, die „Urkatastrophe“ oder auch „Weltkrieg“, die für diesen Krieg erfunden wurden, sind Anzeichen seiner Bedeutung. Gerade die deutsche Geschichte und Geschichtsschreibung dreht sich um diesen Krieg, seine Voraussetzungen und Folgen.

Kürzlich erschienen und gerne aufgenommen präsentiert das Buch „Die Schlafwandler“ von Christopher Clark die These, dass der Krieg von keinem der Akteure gewollt über Europa hereinbrach. Diese Idee ist in ihrer Stoßrichtung alles andere als neu, schon in der Weimarer Republik und bis in die 1960er Jahre wurde der Erste Weltkrieg in Deutschland als schicksalhaftes Ereignis gesehen, das als Unfall zu bewerten sei. Entsprechend konnte mensch die Auflagen des Versailler Vertrages als ungerechtfertigt bewerten, mit denen dem Deutschen Reich als Hauptschuldigen massive Reparationsleistungen abverlangt wurden. Dagegen stehen auch keineswegs neue marxistisch-leninistische Analysen, die in Monopolen konzentriertes Kapital und seinen imperialistischen Drang nach Expansion hinter dem Krieg sehen. Schon vor Kriegsbeginn planten die europäischen Regime, welche Bündnisse im Kriegsfall zu für sie wünschenswerten Ergebnissen führen könnten.

Dazu zählte Bismarcks Strategie, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Aber es kam auch zu unvorhergesehenen diplomatischen Annäherungen des republikanischen Frankreich und der Seemacht England mit dem russischen Zarenreich. Das Deutsche Reich gewährte Österreich-Ungarn eine Zusage zur Unterstützung für alle künftigen militärischen Aktionen der Doppelmonarchie. Dass das Deutsche Reich unter preußischer Führung Österreich-Ungarn diese Unterstützung gewährte, lag daran, dass Österreich-Ungarn Teil des Deutschen Bundes als Vorläufer des Deutschen Reiches gewesen war und zusammen mit Sachsen an der Seite Preußens am Deutsch-Dänischen Krieg 1864 teilgenommen hatte. Einige Kreise im Deutschen Reich sahen in der Doppelmonarchie einen leider außerhalb der Vereinigung der deutschen Kleinstaaten verbliebenen Teil der Deutschen Nation. So wurden wichtige Allianzen schon vorgezeichnet, bevor die Ermordung eines österreichischen Adligen angeblich alles ausgelöst haben soll.

Was passierte in den Jahren um 1914? Europa beherbergte Nationen, die tatsächlich einen aufstrebenden Kapitalismus entwickelt hatten, und Bestrebungen nach Expansion oder gar weltweitem Einfluss waren diesen Nationen gemein. Demokratische Umsturzversuche hatten die autoritären Regime wie im Deutschen Reich oder der Türkei in eine unsichere Lage gebracht und die Arbeiter*innen hatten schlagkräftige Organisationen aufgebaut, die etwa in Belgien und Italien Erfolgserkämpfen konnten. England hatte seine Rolle als Hegemonialmacht verloren und hinterließ damit eine unsichere

Konstellation. Das Deutsche Reich sah sich mit einer im Vergleich mit England oder Frankreich geringen Kolonialmacht ausgestattet und strebte nach Einfluss auf dem europäischen Kontinent wie auch in Übersee. Die deutsche Sozialdemokratie war die bestorganisierte Organisation in der Sozialistischen Internationale, sie galt als theoretisches und praktisches Vorbild. Gleichzeitig war sie als Haufen von „vaterlandslosen Gesellen“ den Herrschenden des Reichs ein Feindbild.

Nation, Staat und Sozialdemokratie

Die militaristische Ausrichtung des Deutschen Reiches war schon vor 1914 nicht zu übersehen. Sie zog sich durch die Wirtschaft, die Heeresführung und die Reichsführung. Ideologien von Deutschlands Größe und dem ihm zustehenden Platz in der Welt dominierten das nationale Bild. Der Kampf gegen Napoleons Truppen durch teilweise extrem reaktionäre Kampfgruppen der deutschen Länder vor 100 Jahren war als „Befreiungskrieg“ in der nationalen Erzählung verankert wie der Germanenaufstand unter Arminius dem Cherusker gegen die Römer. Beiden Erzählungen ist etwas gemein: Sie beschreiben den Kampf eines vereinten Volkes gegen fremde Feinde, die eine zur jeweiligen Zeit weiter fortgeschrittene Gesellschaftsform mitbrachten. Von einer Einheit konnte im politischen Sinne aber weder bei den Germanen (was eine Sammelbezeichnung der Römer darstellt) noch später bei den „Befreiungskriegen“ gesprochen werden. Die bürgerlichen Hoffnungen auf die Schaffung einer deutschen Republik wurden nicht erfüllt und republikanische Kräfte erlebten

immer wieder Niederlagen. So blieb das Deutsche Reich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch hinter seiner Zeit zurück. Die föderale deutsch-dänische Bundesrepublik unter Führung eines Glücksburger Monarchen im seinerzeit dänischen Herzogtum Schleswig und Holstein konnte sich 1848-51 nur mit Hilfe preußischer und schwedischer Truppen halten; nachdem Schweden, Dänemark und Preußen ohne die Schleswig-Holsteiner*innen Frieden schlossen, unterlag das deutsch-dänische Heer der Schleswig-Holsteiner*innen rasch dem königlich-dänischen Heer. Die Feindbilder Frankreich und Dänemark blieben dabei bestehen (auch, weil das Königreich Dänemark mit Napoleon 1814 verbündet gewesen war) und wurden im Rahmen zunächst des Deutsch-Dänischen Krieges 1864 und sechs Jahre später im Rahmen des Deutsch-Französischen Krieges 1870 verankert. Romantisch-völkischer Nationalismus verband sich hier bereits mit dem Gefühl, von Feinden umgeben und vom Weltlauf benachteiligt zu sein, zu jener mörderischen Mischung, die den deutschen Nationalismus formen und später einen bestimmenden Teil der NS-Ideologie bilden sollte.

Dies deutet bereits darauf hin, dass die Expansion kapitalistischer Monopole nicht das einzige zum Krieg drängende Faktum sein kann, obwohl dieser Faktor nicht einfach vergessen werden darf. Ein rational handelnder Staat wird keinen Krieg führen, der nicht eine realistische Chance auf verbesserte Bedingungen kapitalistischer Produktion bietet. Die kriegerisch zu erreichenden Ziele sind, neben der Erweiterung des Einflussbereiches des kriegführenden

Staates und seine Konsolidierung im Inneren, besonders im Zugriff auf Rohstoffwege und neue Absatzmärkte zu suchen. Gerade im Hinblick auf den planbaren Gang der Ereignisse und Stabilität der Absatzmärkte, wie es den Interessenvon Monopolen (im Unterschied zu stärker konkurrenzbasierten Systemen) dient, sind Kriege allerdings ein eher zu vermeidendes Risiko. Die Leninsche Analyse, die den Staat im Kapitalismus als Marionette der Monopole ansieht, impliziert damit auch: Wenn der Staat in den Händen der Arbeiter*innen liegt, ist er friedlich. Als wäre der Staat ein neutrales Werkzeug, das nur in falschen Händen Schaden anrichten könne. Dabei werden einige Punkte ignoriert, denn selbstverständlich handelt der Staat durchaus gegen die Interessen einzelner Kapitalfraktionen. Diese Erkenntnis scheint zunächst leicht in die ML-Theorien zu integrieren, weil dabei letztlich das Funktionieren des Gesamtgeschäftes gewährleistet werden soll. Es wird aber bereits klar, dass der Staat in dieser Hinsicht nicht neutral, sondern eben im Interesse der bestehenden Ordnung handelt. Und dies also notwendigerweise autonom und nicht im Auftrag von „Monopolisten“. Der Staat muss seine eigene Legitimation und Bindekraft entwickeln, also ein Herrschaftssystem naheigenen Regelaufbauen, um seinen Zweck als „Gesamtkapitalist“ erfüllen zu können. Militär, Gehorsam und Kampf gehören dazu, gerade im Deutschen Reich. Die Bindekraft des Staates nach innen muss auch die Arbeiter*innenerfassen, und dies umso mehr, je einflussreicher sie sind. Und je unsicherer und unfertiger das Deutsche Reich dastand, desto aggressiver musste gerade dieser Staat Stärke beweisen.

Die „vaterlandslosen Gesellen“ der Sozialdemokratie waren dabei eine besondere Bedrohung. Dabei erkannten Vordenker*innen und Einpeitscher*innen des Nationalismus nicht, welche guten Freund*innen sie in der SPD noch finden würden. Denn gerade an dieser mächtigen Arbeiterorganisation zeigt sich beispielhaft, was den Staat zu einem Werkzeug mit seinen eigenen Gesetzen macht: Die Macht und Anerkennung als Akteurin im Reich wurden ein Ziel der Organisation. So stimmten Linke in der SPD für die Kriegskredite, weil sie sich für die Zukunft eine bessere Position im institutionellen Kampf erhofften. Andere waren echte Nationalist*innen. „Dass die Geister sich scheiden, und der neue Geist des nationalen Sozialismus (man kann auch sagen National-Sozialismus[...]) sich so unverhohlen bekundete, ist hochofreulich.“⁶, schrieb der Protokollant einer SPD-Sitzung 1915. Die Zustimmung der SPD, aber auch die Arbeit der in ihr Organisierten, wurde als Beitrag zu einer gesamtdeutschen Aufgabe gesehen, die so dringend notwendig sei, dass alle sie mittragen müssten. Anfangs forderte die Partei noch die Schaffung von Frieden ohne Eroberungen, schließlich aber befürwortete sie auch „Sicherungen“ von Gebieten im Dienst der nationalen Sache. Die Sozialdemokratie musste keinen Verrat an ihrer Sache begehen oder gewaltsam gezwungen werden. Sie musste nur ihre Staatsgläubigkeit und den positiven Bezug auf die Nation beibehalten und trug so ihren Teil dazu bei, dass die deutsche Nation als eine kriegerische Einheit mit den Arbeiter*innen herausgebildet werden konnte.

What is it good for?

Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes? (Joachim Gauck, 2013⁷)

Krieg scheint im Jahre 2014 im Bezug auf Deutschland, wenn mensch der öffentlichen Meinung glauben will, entweder gar nicht mehr zu existieren oder zumindest eine wirklich harmlose Sache zu sein.

Es gibt eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Armee aus Staatsbürgern und auch Staatsbürgerinnen in Uniform, die bei einem attraktiven Arbeitgeber anstatt Länder zu erobern, diesen hilft und für die Menschenrechte kämpft, Brücken baut und Frieden sichert. Und nicht einmal das entspricht „Deutschlands“ eigenem Willen, das Land kommt lediglich seinen internationalen Verpflichtungen nach.

Die Bundesrepublik als Weltmacht

In den Debatten um Frieden und Aufrüstung stehen vor allem die USA im Vordergrund. Gegen den Irak-Krieg 2003 wurde europaweit mobilisiert und auch einige europäische Regierungen stellten pressewirksam ihre Weigerung zur Schau. Die Proteste gegen den Krieg wurden auch von staats und kapitalismuskritischen Akteur*innen getragen, deren weitergehende Forderungen kaum mit den Absichten der europäischen (oder gar der irakischen) Regierungen in Einklang zu bringen gewesen wären. Und ob ein Angriff auf den Irak für die dortige Bevölkerung Leid bedeutete, war für die Regierung um Schröder und andere kein ernsthafter Grund, sich gegen diesen Krieg zu stellen.

Er bot aber eine großartige Chance für die rot-grüne Regierung in Berlin, sich nicht nur als Friedensengel aufzubauen, sondern auch neues Selbstbewusstsein gegenüber der Großmacht USA zu zeigen. Die ausformulierte Konkurrenz zwischen Deutschland und Amerika ist dabei der nicht gelogene Anteil. Ein friedliches Deutschland ist jedoch ein Hirngespinnst geblieben. Dass „deutsche Waffen, deutsches Geld“ in aller Welt mit Morden, ist zwar ein linke Binsenweisheit, aber richtig. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die BRD daran gehindert, militärische Größe wiederzuerlangen, was auch das generelle Verbot von Angriffskriegen durch die Bundeswehr beinhaltet. Dies verärgerte zwar den nationalistischen Größenwahn und das militärische Establishment, stellte aber kein Hindernis dabei dar, weltweit führend im Waffengeschäft zu werden. Personal, Ideologien und Leitlinien der Wehrmacht wurden übernommen und konnten glücklicherweise zunächst nicht zum vollen Einsatz kommen.

Innerhalb Europas wurde die EU aufgebaut, die Kriege zwischen den Mitgliedsstaaten bislang unterbindet. Die internationale Konkurrenz war jedoch nicht ausgeschaltet. Sie besteht auch zwischen den EU-Staaten weiter, und die Bundesrepublik beansprucht aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht eine Führungsrolle. Die exportgetriebene deutsche Wirtschaft beruht auf niedrigen Lohnstückkosten, der vermeintlich hohen Qualität der Produkte und dem Absatz der Produkte auf dem neu geschaffenen europäischen Binnenmarkt. Die gnadenlos hohe Produktivität, also auch entwertete Arbeitskraft in Deutschland überlässt wirtschaftlich schwächeren

EU-Mitgliedsstaaten die Rollen als Peripherie eines deutsch dominierten Europa. Dies soll als neue Weltmacht den USA Konkurrenz machen können. Und wer Weltmacht werden möchte, muss dies auch mit Gewalt verfolgen können. Zwar gibt es noch keine EU-Armee, aber immer aggressiver wird europäisches Engagement in der Welt gefordert, „notfalls“ mit militärischen Mitteln. Nicht nur deutsche Politiker*innen wie der ewige Prediger Gauck, sondern auch z. B. der polnische Außenminister rufen auf eine deutsche Führung in der EU („Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“).

Kontinuitäten deutscher Außenpolitik

„Großmächte erkennt man daran, dass ihre Außenpolitik sich nicht durch Regierungswechsel ändert, sondern durch Verschiebungen der internationalen Kräfteverhältnisse“, schreibt die Publizistin Ilka Schröder. Und deutsche Großmachtbestrebungen richteten sich vom Kaiserreich über den Nationalsozialismus bis zur Bundesrepublik in Richtung Afrika und Osteuropa. Beim Zerfall der Sowjetunion ging der Kampf um die Vormachtstellung im Osten in eine neue Runde. So unterstützte die BRD die kriegerische Zerschlagung Jugoslawiens, ohne zunächst jedoch selber als Partei im Angriffskrieg aufzutreten. Dies änderte sich im Krieg gegen die Reste Jugoslawiens, dem Kosovo-Konflikt 1999.

Schließlich war es erneut die SPD, die Deutschlands Größe auch militärisch wieder erstarben ließ. Zusammen mit der Grünen Partei beschloss sie, was die

bundesrepublikanischen Regierungsvor ihr nicht zustande gebracht hatten: die erste direkte Beteiligung der Bundeswehr an einem Angriffskrieg seit 1945. Dieser Krieg wurde nicht trotz, sondern wegen Auschwitz geführt. Damit hatte die rot-grüne Regierung die Dialektik von „Nie wieder Krieg – nie wieder Auschwitz“ nicht einfach ignoriert, sondern gleich auch pervertiert: Gerade jener Nachfolgestaat des NS-Regimes, der aus guten Gründen abgerüstet worden war, präsentierte sich als besonderer Experte für globalen Antifaschismus. Die wohlfeilen Gründe waren zusätzlich noch erlogen, so etwa der herbeiphantasierte „Hufeisenplan“ der serbischen Truppen. Auch wenn die Täuschungen ans Licht kamen, war der Schaden bereits angerichtet: Deutschland war wieder eine Militärmacht. Selbstverständlich wurde diese Verantwortung „schweren Herzens“ getragen. Auch die Rhetorik der „schweren Herzen“ ist geblieben, genauso wie die menschenrechtlichen Rechtfertigungen deutscher und europäischer Kriege. Tatsächlich bleibt die Macht über Osteuropa ein Streitpunkt in der deutschen Außenpolitik. Dieser Streit betrifft vor allem immer noch den Konkurrenten Russland und ist im Jahre 2014 in der Ukraine zu beobachten. So sie den Großmachtbestrebungen nutzen, sind auch ukrainische Faschist*innen und Ultranationalist*innen Lieblinge der Medien und legitime Ansprechpartner*innen der Politik. Auch der Einfluss in Afrika soll wieder engagierter gemehrt werden. „Engagement“ ist das Zauberwort im deutschgeführten Europa, das die Bereitschaft zu mehr nach Afrika gesendeten Truppen signalisiert.

In keinem der Einsätze der Bundeswehr seit 1945 ist die deutsche Armee in ein direktes Nachbarland einmarschiert. Spätestens seit dem Mauerfall und dem Ende des sogenannten Kalten Krieges nimmt Deutschland seine Nachbarländer als „Freunde und Partner“ wahr, mit vielen von ihnen ist es in der EU oder zum Beispiel auch in dem Militärbündnis NATO.

Der mitteleuropäische Frieden ist natürlich ein Fortschritt und gerade die Bedeutung der Aussöhnung mit dem früheren „Erbfeind“ Frankreich darf nicht unterschätzt werden. Auch ist die öffentliche Meinung heutzutage nicht mehr darauf aus andere Länder zu überfallen. Nichtsdestotrotz führt Deutschland Kriege, hinter diesen Fakt gibt es kein Zurück. Einen anderen Krieg zwar, als es die beiden Weltkriege waren, aber deutsche Soldat*innen töten im Ausland, Europas Grenzen werden militärisch abgeschirmt und die aggressive Handelspolitik kann durchaus als Wirtschaftskrieg bezeichnet werden. Insofern ist der Frieden, den „wir“ seit 1945 erleben, teuer erkaufte und bedeutet für viele andere Menschen keinen Frieden.

Krieg im Konsens

Wenn wir uns mit dem Umgang der Bevölkerung beschäftigen, dürfen wir insbesondere bei der Betrachtung des Ersten Weltkrieges nicht vergessen, dass nicht bloß die „Oberen“ aus Politik, Militär und Wirtschaft alleine der Bevölkerung den Krieg aufzwingen, sondern dass auch in der Gesellschaft nicht selten ein gewisser Konsens für Krieg besteht oder bestand. Nicht zuletzt können die Regierenden nur Kriege führen, solange das Gros der

Bevölkerung ihn billigt. Diese Betrachtung ist wichtig, weil die Darstellung von Krieg als alleiniges Interesse, „der da oben“ heute oft anzutreffen, aber nichtsdestoweniger stark verkürzt ist und wichtige Dynamiken verharmlost oder gar übersieht.

Auch wenn es noch so widersinnig erscheint, finden immer wieder viele zumeist junge Menschen Gründe und Motivation, ihr eigenes Leben für den Krieg herzugeben. In modernen westlichen Armeen sind es häufig finanzielle Gründe, Patriotismus oder Karriereinteressen. Während der Weltkriegszeit spielten nationalchauvinistische Gedanken eine große Rolle, auch in Teilen des gebildeten Bürgertums und hier besonders unter den Jüngeren. Nationalchauvinistische Gedanken, die diese eigene Selbstwertgefühl auf die vermeintliche Größe und Stärke einer konstruierten Nation projizieren. Die Identifikation mit dem Militär war in vielen westlichen Ländern in diesen Schichten als „richtige Männersache“ und das bedingungslose Gehorchen und Dienen für Kaiser und „Vaterland“ identitätsstiftend. Damit erklären sich auch die drastischen Schilderungen der Kriegsbegeisterung von 1914. Sie erfasste jedoch nicht die gesamte Bevölkerung. Insbesondere die Landbevölkerung und Teile der Arbeiterschaft, ganz anfänglich auch die SPD, waren skeptisch. Aber die Begeisterung der durch Studentenbünde geprägten Schichten hatte einen nicht unerheblichen Einfluss und ist sowohl von Interesse als auch eine Mahnung.

Frei von der gesellschaftlichen Identifikation mit Krieg und Militär sind wir, trotz der spürbaren Abschwächungen, auch heute nicht. Zwar wird der Einsatz des Militärs heute bei vorkommenden

„Interventionen“ im Wesentlichen wegen der vermeintlichen Notwendigkeit und Hilfe für die Länder befürwortet, allerdings sind damit Nationalstolz und Ansätze einer widerwärtigen Soldatenverehrung bei Weitem noch nicht aus den Köpfen der Menschen verschwunden. Das im Folgenden noch beschriebene Wirken des Militärs in die Gesellschaft hinein braucht auch immer einen Gegenpart, der dieses aufnimmt. Des Weiteren zeigt der Blick in andere Staaten, in denen das Kriegführen in der heutigen Zeit noch alltäglicher ist, dass hinter jedem Militäreinsatz auch eine mehr oder weniger zustimmende Gesellschaft steht, aller Widersinnigkeiten und gegensätzlichen Interessen zum Trotz.

Deutscher Militarismus heute

Erinnern wir Deutsche auch deshalb so intensiv an unsere Vergangenheit, weil wir eine Entschuldigung dafür suchen, den heutigen Problemen und Konflikten in der Welt auszuweichen?
(Joachim Gauck, 2013⁸)

Das Gesicht der deutschen Kriegsmaschinerie hat sich im Jahr 2013 mit Ursula von der Leyen verändert. Sie zeigt sich als freundlich lächelnde Mutter von sieben Kindern, die selbst angibt nicht wirklich schießen zu können. Und auch der Verkauf von schweren Waffen an autoritäre Staaten gilt immer noch als friedenssichernde Maßnahme. In einer im dritten Quartal 2012 durchgeführten und 2013 veröffentlichten Studie des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr⁹ wird angegeben, dass 75 Prozent der Befragten aus der Bevölkerung eine „sehr positive“ oder „eher positive“ Einstellung zur Bundeswehr haben. Des

Weiteren sind die mit der Bundeswehr verbundenen Emotionen laut der Umfrage vor allem positiv.

Angeblich verbinden 79 Prozent der Befragten mit der Bundeswehr Vertrauen, es folgen Hochachtung (69 %), Stolz (68 %) und Dankbarkeit (67 %). Die am häufigsten genannten negativen Assoziationen sind Zweifel (46 %), Angst (32 %) und Unverständnis (29 %). Selbstverständlich ist diese Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes im Auftrag der Bundeswehr durchgeführt worden, trotzdem scheint die Bundeswehr das Gefühl zu haben, sich auf einen recht großen Rückhalt in der Bevölkerung stützen zu können, auch wenn der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan oft kritisch gesehen wird. Natürlich ist das bei Weitem nicht mit der Kriegsbegeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges zu vergleichen, aber deswegen darf diese Entwicklung noch lange nicht abgetan werden.

Parlamentsvorbehalt und Formen der Bundeswehreinsätze

Wenn mensch über die Bundeswehr und ihre Einsatzbereiche heute sprechen will, ist es wichtig, verschiedene Dimensionen zu unterscheiden. Paragraph 87a des Grundgesetzes regelt die Aufstellung von Streitkräften zur „Verteidigung“ als Aufgabe des Staates, dies aber erst seit 1956, in dem ursprünglichen Grundgesetz war gar keine Bundeswehr vorgesehen. Dieser „Verteidigungsfall“ wird im Grundgesetz noch genauer ausgeführt. Nun hat aber seit langer Zeit niemand versucht die BRD militärisch anzugreifen, aber um die Bundeswehr einsetzen zu können gibt es Ausnahmen. Einen Einsatz

der Bundeswehr zu anderen als zu diesem einen Zwecke ist laut Grundgesetz nur zulässig „soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt“ (§87a, Absatz 2).

Hier führt die Studie „Krieg außer Kontrolle“ von Michael Haid und Tobias Pflüger, veröffentlicht von der „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI)¹⁰ aus: „Eine ausdrückliche Zulassung findet sich nur an zwei Stellen und nur für den Einsatz im Innern – hingegen nicht im Ausland:

- (1) Die Bundeswehr kann in Fällen der Amtshilfe, bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen (Artikel 35 GG);
- (2) sowie im bishern noch nie eingetretenen Spannungs- oder Verteidigungsfall zum Schutz ziviler Objekte, zur Übernahme von Verkehrsregelaufgaben und zur Bekämpfung organisierter und militärisch-bewaffneter Aufständischer (Artikel 87a Abs. 3 und Abs. 4 i.V.m Artikel 91 Abs. 2 GG) eingesetzt werden.“

Heute ist es nun aber Realität, dass die Bundeswehr im Ausland und auch außerhalb von verbündeten Staaten eingesetzt wird, obwohl sich dafür keine ausdrückliche Erlaubnis im Grundgesetz findet. Diese entsprechende Ausnahme wird über §24 Absatz 2 des Grundgesetzes geregelt. Hier heißt es: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“. Im Jahr 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass in diesem Rahmen Auslandseinsätze der Bundeswehr unter bestimmten Regeln möglich sind. Diese Entscheidung wird in der IMI-Studie als „äußerst problematisch“ bewertet.

Eine dieser Regeln, in deren Rahmen der Einsatz stattfinden muss, ist der sogenannte Parlamentsvorbehalt. Um der Regierung nicht alleine die Macht über die Armee zu überlassen, bestand das Bundesverfassungsgericht darauf, dass das Parlament über bewaffnete Auslandseinsätze bestimmen solle. Natürlich ist eine parlamentarisch kontrollierte Armee immer noch eine Armee, aber in der Theorie kann ein klein bisschen demokratische Kontrolle ja zumindest nicht schaden, oder etwa doch? Die IMI-Studie greift aber einen wichtigen Punkt auf, wenn sie sagt, dass dies zwar eine Begrenzung der Exekutive darstellt, aber zur selben Zeit „der Einsatz militärischer Gewalt in den Außenbeziehungen (...) eine parlamentarische Legitimation“ erfährt. Das nimmt der bürgerlichen Kritik schnell den Wind aus den Segeln. In eine ähnliche Kerbe schlägt die deutsche Enthaltung bei den Angriffskriegen gegen den Irak und gegen Libyen. Es ist natürlich nur zu begrüßen, dass Deutschland nicht auch noch an diesen Kriegenteilgenommen hat, aber gleichzeitig setzt sich dadurch das Bild fest, dass gar kein Interesse an Krieg besteht und Deutschland nur aktiv wird, „wenn es muss“.

Der angesprochene Parlamentsvorbehalt ist aber längst nicht der Schlusspunkt. Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, dass es genauere Regelungen zu diesem Punkt geben soll. Es dauerte aber bis 2005, bis das Parlamentsbeteiligungsgesetz verabschiedet wurde. Dieses Gesetz bleibt allerdings hinter den Regelungen des Verfassungsgerichts, die im Zweifelsfall „parlamentsfreundlich auszulegen“ wären, zurück. Die Bundesregierung hält es oft nicht für notwendig, dass das Parlament

über Einsätze informiert wird und kann das teilweise selbst entscheiden.

Bei der neu eingeführten Hacker-Truppe der Bundeswehr und im Falle der Anschaffung von Drohnen ist nicht mal diese parlamentarische Mitwirkung gegeben. Ein sehr großes Problem stellen auch die Spezialkräfte der Bundeswehr dar. Im Zuge der Bundeswehrreform wurden verschiedene spezielle Einheiten der Bundeswehr neu aufgestellt und in der Division Schnelle Kräfte aufgestellt. Die Bundeswehr setzt die Mitspracherechte des Bundestages außerdem in vielen Fällen außer Kraft. Zwar werden die Obleute des Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschusses des Bundestages informiert, aber das macht noch keine Mitbestimmung aus. Oft erhalten diese Parlamentarier*innen nur unzureichende Informationen. Dabei ist zu beachten, dass solche Spezialkräfte im Krieg von heute eine immer größere Rolle spielen.

Generell ist die Situation im Bundestag in Zeiten der fast allmächtigen Großen Koalition schon sehr problematisch. Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, hat sich im Bundestag Anfang 2014 unter dem Vorsitz des CDU-Politikers Volker Rühle die nach ihm benannte Rühle-Kommission zusammengefunden, um die Mitbestimmung des Bundestages bei Auslandseinsätzen weiter zu überarbeiten. Alles deutet darauf hin, dass es dabei um den weiteren Abbau dieser Kontrollrechte geht.

Der Krieg nach innen

Auch im Inneren verschlechtert sich die Lage zusehends. Zum Beispiel wurde Ende 2012 ein weiteres Mal die Verfassung aufgeweicht. Das Grundgesetz wird seinem Anspruch, die Bürger*innen der Bundesrepublik durch die Grundrechte vor den schlimmsten Auswüchsen des Staates zu bewahren, immer weniger gerecht. Um es nochmal zu betonen, aus anarchistischer Sicht können wir nie einem Staat vertrauen, aber die Ausweitungen seiner gewaltförmigen Mittel zu kritisieren und zu bekämpfen liegt auch in unserem Interesse. Dies bedeutet aber kein Bekenntnis zum besseren Staat. Das Verfassungsgericht entschied, dass der Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei katastrophalen Notlagen und bei Bedrohungen für den Bestand der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung möglich ist. Hierfür dürfen nun auch militärische Mittel eingesetzt werden. Vorher durfte die Bundeswehr, wenn sie der Polizei Amtshilfe leistete, ausschließlich auch für die Polizei zugelassene Mittel verwenden. Diese Grenze ist jetzt aufgeweicht. Auch wenn sich heute noch nicht klarsagen lässt, welche konkreten Folgen das haben wird, sei an dieser Stelle bemerkt, dass selbst die Süddeutsche Zeitung diese Entscheidung als eine „Katastrophen-Entscheidung“¹¹ kommentierte.

Relativ neu ist auch die Indienststellung der sogenannten „Regionale(n) Sicherheits- und Unterstützungskräfte“, kurz RSU-Kräfte. Diese sind Reserveeinheiten, die speziell für den „Heimatschutz“ konzipiert sind. Bei der Bundeswehr heißt es hierzu: „Reservisten bieten die RSU-Kräfte eine attraktive Möglichkeit, sich weiter

militärisch und für das Gemeinwohl zu engagieren.“ Nach außen heißt es, dass diese Kräfte im Ernstfall die im Grundgesetz beschriebenen Aufgaben, wie zum Beispiel den Schutz ziviler Einrichtungen oder der Mithilfe in Katastrophenfällen, wahrnehmen.

Über die tatsächlichen Kompetenzen der RSU-Kräfte im Inland ist damit sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen. Zum Beispiel findet sich die Formulierung zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem „Notstand“ noch als Bestandteil des Heimatschutzes in der Konzeption der Reserve, allerdings sollen demonstrierende Menschenmengen oder Arbeitskämpfe nicht zu den Notständen gehören, noch wird das zum Beispiel vom Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der oben genannten Entscheidung bekräftigt. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es immer wieder zu Interpretationsfragen kommt, und auch immer wieder Aufweichungen vorgenommen werden. Daher ist die Aufstellung dieser Einheiten trotz der eine furchteinflößende Entwicklung. Darüber hinaus haben diese Einheiten auch den speziellen Auftrag, die zivil-militärische Zusammenarbeit zu stärken, es ist sogar Menschen, die keine Grundausbildung „genossen“ haben, vergönnt, bei den RSU-Kräften mitzumachen. Daneben soll es einfacher werden, die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe hinzuzuziehen. Dieses Bindeglied ist ein weiterer Versuch, den militärischen Ausnahmezustand normal zu machen.

Die Demokratie für den Krieg und das Militär gegen die Demokratie

Es zeigt sich also, dass das Militär langsam zu einem Fass ohne Boden wird. Diese Praxis des Unterlaufens von Gesetzen und Ausdehnung von Kompetenzen macht deutlich klar, aus welcher Richtung der Wind weht. Auch in Zukunft ist damit zu rechnen, dass sich die Kompetenzen der Bundeswehr deutlich erweitern werden, sowohl im In- als auch im Ausland. Die Begrenzungen des Grundgesetzes und das Bemühen um Regeln und Legitimationen für Militäreinsätze im Rahmen des Mitbestimmungsrechts des Bundestages dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Problem Militär und Militarismus an der Wurzel gepackt werden muss.

Von Seiten der Bundeswehr heißt es immer, dass Soldaten und Soldatinnen nur Staatsbürger*innen in Uniform seien. Dieses Bild hat seine Richtigkeit, wenn klar wird, wie untrennbar Staat und Militär miteinander verbunden sind. Die Fähigkeit, Kriege zu führen, ist eine der zentralen Fähigkeiten des Staates, auch wenn global gesehen der Trend langsam hin zu Konflikten ohne direkte staatliche Akteure geht. Die Armee ist in nahezu allen Staaten der Welt mindestens eine Stütze des Staates, wenn nicht gleich die Herrscherin selbst.

Strenge Hierarchien und autoritäre Strukturen waren schon immer prägend für das Militär. Es ist immer nationalistisch angelegt und hat in den allermeisten Fällen einen chauvinistischen und sexistischen Hintergrund. Es findet sich kaum eine Institution, die unseren anarchistischen Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft

so sehr entgegensteht. Die Wirkung dieser Institution in die bürgerlich-demokratische Gesellschaft ist sehr problematisch. In dieser Zeit kann der Chef des Bundeswehrverbandes einen Staatsvertrag unter dem Titel „Keine Angst vor Uniformen“, den Einsatz von Jugendoffizieren für die sicherheitspolitische Bildung in Schulen fordern¹². Dieser Vorstoß trifft den Zeitgeist und fand weitgehende Zustimmung, ist aber natürlich noch ein Stück von seiner Umsetzung entfernt. Dazu kommt, dass es wieder sogenannte „Ehrenzeichen“ und „Einsatzmedaillen“ für deutsche Soldaten gibt und in Berlin ein Ehrenmal für „gefallene“ Soldaten der Bundeswehr errichtet wurde. Das Militärische und der alltägliche Umgang mit dem Fakt, dass Deutschland wieder Kriege führt, wird Stück für Stück gesellschaftliche Normalität. Die Zurückhaltung, die nach dem Zweiten Weltkrieg für das Soldatentum an den Tag gelegt wurde, wird immer weiter abgelegt.

Freiwillig an der Waffe

Die Abschaffung der Wehrpflicht für junge Männer Mitte 2011 ist selbst ein Ergebnis von tiefgreifenden Verschiebungen im Verständnis von Militär und Krieg und hat bei der Bundeswehr eine Reihe an Veränderungen eingeleitet. Heute ist die Bundeswehr darauf angewiesen, dass sich Menschen freiwillig für sie entscheiden. Da Strammstehen, Töten und Sterben nicht die attraktivsten Aussichten bei der Berufswahl sind, musste die Bundeswehr in eine Werbeoffensive gehen.

Dafür wurden aus Kreiswehersatzämtern Karrierecenter, große Werbekampagnen wurden ins Leben gerufen, Slogans

ersonnen, Videos gedreht und kräftig am ImagederBundeswehrgefeilt.Inzwischen tritt die Bundeswehr auch auf Jobmessen auf und will sich als Karrierechance präsentieren. Ursula von der Leyen hat in einem Interview mit der Bild am Sonntag vom 12.1.2014¹³ deutlich gemacht, dass sie die Bundeswehr familienfreundlicher gestalten will, damit sie eine attraktivere Berufswahl darstellt: „Mein Ziel ist es, die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland zu machen. Das wichtigste Thema ist dabei die Vereinbarkeit von Dienst und Familie.“

Besonders perfide ist, dass die Bundeswehr sich auch nicht davor scheut, Kinder und Jugendliche für ihr mörderisches Unternehmen begeistern zu wollen. Es gehört zum Alltag, dass Jugendoffiziere an Schulen auftreten und damit auch Werbung für die Bundeswehr betreiben. Für größeres Aufsehen sorgte vor einiger Zeit die Werbung der Bundeswehr in der Jugendzeitschrift Bravo. Und noch eine Schippe wird draufgelegt: Minderjährigkeit ist für die Bundeswehr nicht nur bei der Werbung, sondern auch bei der Rekrutierung keineswegs eine Hürde. Wie aus einer kleinen Anfrage der LINKEN im Bundestag¹⁴ von Anfang 2014 hervorgeht, beginnen bereits Jugendliche im Alter von 17 Jahren die Ausbildung an der Waffe. Auf die Frage, „(w)ie viele freiwillige Wehrdienstleistende und Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, die als Minderjährige angeworben und eine militärische Ausbildung erhalten haben, [...] anschließend nach Vollendung ihres 18. Lebensjahres in Auslandseinsätze der Bundeswehr geschickt“ wurden, gab es keine Antwort.

Nicht zuletzt die oben angeführten Punkte machen deutlich, dass es mit der Abschaffung der Wehrpflicht nicht getan ist. Grundsätzlich kann es auf die Frage nach der Wehrpflicht für uns keine befriedigenden Antwort geben, da diese Fragestellung immer die Existenz von Staaten und Armeen beinhaltet. Es ist zwar positiv zu bewerten, dass nicht mehr alle jungen Männer gemustert werden und einen staatlichen Zwangsdienst ableisten müssen, allerdings täuscht es schnell darüber hinweg, dass die Berufsarmee ganz andere Problematiken mit sich bringt: Der Querschnitt der Soldat*innen entspricht nun noch viel weniger dem Querschnitt der in diesem Land lebenden Menschen, schon gar nicht in Bezug auf eine kritische politische Denkweise. Die Bundeswehr entfernt sich mehr denn je von der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die für sich wiederum ohnehin sehr weit von einer friedlichen und libertären Gesellschaft entfernt ist. Nebeneffekt der Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft ist die geringere politische Hemmschwelle, um in bewaffnete Konflikte einzutreten, da nur ein geringerer und freiwilliger Teil der Bevölkerung direkt beteiligt ist. Und über die Tendenz zu einer gewissenlosen Söldnertruppe kann auch nicht das Bundeswehr-Leitbild der „Staatsbürger*innen in Uniform“ hinwegtäuschen. Wir müssen davon ausgehen, dass eine solche Gruppierung auf Dauer auch für Einsätze im Inneren verfügbar sein wird und eine erhöhte Gefahr birgt, Korpsgeist zu entwickeln.

Der Themenkomplex „Bundeswehr als Arbeitgeber“ lässt sich allerdings nur im Kontext der veränderten Kriegsführung in der heutigen Zeit verstehen.

Es geht nicht mehr um große Heere, die sich entlang der Frontlinien zwischen den Ländern abschlachten, sondern viel mehr um kleinere mobile Einheiten, die überall in der Welt an vielfältigen Einsätzen teilnehmen und gezielter Menschen abschlachten, die der anderen Seite zugerechnet werden. In dieser Hinsicht sind vor allem die vermeintlich humanitären und im Namen der Menschenrechte befohlenen Interventionen wichtig, wie sie zunehmend vorkommen und gefordert werden. Dabei geht es oft um nichts Anderes als geopolitische Interessen, die Wahl der vermeintlich zu beschützenden Zivilist*innen ist oft mehr als willkürlich.

Das Bild vom Krieg ist heute ein offeneres, moderneres und demokratischeres. Dieses Bild neigt gar dazu auszublenden, dass es immer noch ein Bild vom Krieg ist. Und die Tendenz zeigt heute wieder in Richtung Akzeptanz des Militärs. Deshalb gilt es, solche Entwicklungen nachzuzeichnen, öffentlich zu machen und ihnen entgegenzutreten.

Abschließendes

Ich meine, der Anarchismus ist die einzige Philosophie des Friedens, die einzige Theorie sozialer Beziehungen, die menschliches Leben über alles stellt. (Emma Goldman, Was ich denke, 1908¹⁵)

Anti-Militarismus, die Ablehnung von militärischen Wertvorstellungen und Strukturen in Gesellschaft und Politik, hat bei anarchistisch denkenden Menschen eine lange Tradition. Im Gegensatz zu anderen Teilen der Gesellschaft sehen wir die Existenz eines Militärs nicht als selbstverständlich oder gar erstrebenswert

an, sondern als einen bedrohlichen Zustand, den es zu überwinden gilt. Dabei teilen wir nicht die im Marxismus vertretene Auffassung, das Militär sei bloß ein Nebenwiderspruch des Kapitalismus und würde daher automatisch mit ihm verschwinden. Das Militär stellt eine eigene Struktur dar, die möglicherweise auch in einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft an ihrem eigenen institutionellen Fortbestand und dem damit verbundenen Fortbestand der Machtpositionen interessiert sein wird, die es gesellschaftlichen Akteuren einbringt, die im Militär organisiert sind.

Das Leid und Elend, das Kriege hervorrufen, und genau so der ewig anmutende Kreislauf derjenigen Kriege, die als Reaktion auf den verletzten Stolz vergangener Kriegsniederlagen und traumatischer Erlebnisse aus vorausgegangenen Kriegen gerechtfertigt werden, lassen sich nur durchbrechen, indem wir uns von denjenigen Denkweisen distanzieren, die ein Gefühl von nationaler oder völkischer Zugehörigkeit als selbstverständlich und legitim ansehen. Darüber hinaus müssen wir alle Herrschaftssysteme, die den Menschen in irgendeiner Weise eine vermeintliche Legitimation geben, anderen Menschen Leid zuzufügen, mit ihren teilweise religiös verbrämten Ideologien klar benennen, untergraben und abbauen.

Es sind gegenwärtige Aufgaben, die im Kleinen beginnen, wo immer die Kriegsmaschine behindert werden kann. Werbeaktionen der Bundeswehr können gestört werden, sei es in den Innenstädten oder in den Schulen.

Die Kritik an sich demokratisch gebenden Militarismus und an den deutschen Großmachtbestrebungen muss dem veröffentlichten Bild entgegengesetzt werden. Wenn die Bundesrepublik Kriege führt, Waffen liefert und die EU zu seinem Werkzeug macht, muss dies auch so benannt werden.

Um eine Großmacht am Werden zu hindern und Kriege letztlich weltweit zu verunmöglichen, muss Kritik praktisch sein und Störungen müssen den ganzen Apparat in Frage stellen. Streiks in der kriegswichtigen Industrie und im Heer konnten in der Vergangenheit Erfolge erzielen. Aber letztendlich wollen wir nicht nur einen Krieg verhindern, sondern eine weltweite friedliche Gesellschaft etablieren, die auf Glück, Vernunft und Freiheit beruht. Auf dem Weg dahin verfolgen wir deshalb die Aufhebung der Kräfte, die immer wieder Krieg, Herrschaft und Leid hervorbringen – die Aufhebung von Staat, Kapitalismus und Nation. Und das umfasst die aktive Behinderung von Krieg und Militarismus.

Eine Ordnung, die nicht der Herrschaft dient, sondern ausschließlich den Individuen, die in ihr das eigene Leben organisieren, kann nur durch uns selbst gelebt und etabliert werden. In Deutschland gibt es in diesen Tagen, wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, viele Entwicklungen, die unseren Träumen von einer freien und gewaltlosen Gesellschaft entgegenlaufen.

Deswegen gilt für uns, heute wie vor 100 Jahren:

Krieg dem Krieg!
Für die soziale Revolution!

Endnoten

- 1 Mühsam, Erich, 1916: Soldatenlied.
- 2 Miller, Henry, 1965: Der Koloß von Maroussi
- 3 Müller-Lehning, Arthur: Der Antimilitarismus und die Verteidigung der Revolution. Veröffentlicht auf anarchismus.at
- 4 Beyer, Wolfram, 2009: Freiheit ohne Gewalt – für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft. In: Degen, Knoblauch (Hrsg.), 2009: Anarchismus 2.0, Schmetterling Verlag
- 5 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (später Reichskanzler) Bernhard von Bülow im Reichstag, 6. Dezember 1897
- 6 Zitiert nach: Huhn, Willy, 1952: Etatismus – ‚Kriegssozialismus‘ – ‚Nationalsozialismus‘ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie. In: Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, 1. Auflage 2003
- 7 Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, 3. Oktober 2013 in Stuttgart.
- 8 Bundespräsident Joachim Gauck beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, 3. Oktober 2013 in Stuttgart
- 9 Bulmahn, Thomas; Wanner, Meike, 2013: Ergebnis der Bevölkerungsumfrage zum Image der Bundeswehr sowie zur Wahrnehmung des Claims ‚Wir. Dienen. Deutschland.‘. Forschungsbericht herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
- 10 Haid, Michael; Pflüger, Tobias, 2013: Krieg außer Kontrolle – Die Demontage des konstitutiven Parlamentsvorbehalts, Informationsstelle Militarisierung, veröffentlicht auf imi-online.de
- 11 Prantl, Heribert, 2012: Karlsruhe fällt Katastrophen-Entscheidung, Kommentar veröffentlicht auf sueddeutsche.de am 17.8.2012
- 12 Thiels, Christian, 2014: Keine Angst vor Uniformen. Veröffentlicht auf tagesschau.de am 07.05.2014
- 13 Bundesministerium der Verteidigung, 2014: Die Bundeswehr soll einer der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands werden, Interview veröffentlicht auf bmvg.de und in der Bild am Sonntag am 12.01.2014
- 14 Deutscher Bundestag, 2014: Drucksache 18/251 vom 6. Januar 2014, veröffentlicht auf bundestag.de
- 15 Goldman, Emma, 1908: Was ich denke. In: Emma Goldman – Aufsätze 1, Syndikat A Medienvertrieb

Anarchistische Gruppen in NRW

Anarchistische Gruppe Witten – agwitten@riseup.net

chat noir – libertäre Gruppe Wuppertal – chatnoir-w@riseup.net

Eisbrecher Wuppertal – eisbrecherwuppertal.wordpress.com

Anarchistisch Syndikalistische Jugend Recklinghausen – asruhrpott.blogspot.de

Anarchistisches Forum Ostwestfalen Lippe – afowl.noblogs.org

SelbAmachen Bielefeld – selbamachen.blogspot.eu

Freie Arbeiter*innen Union Region West – www.fau.org/ortsgruppen

Schwarze Katze – schwarze.katze.dk

Schwarze Ruhr Uni – schwarze-ruhr-uni@riseup.net

Libertärer Buchladen Dortmund Black Pigeon – blackpigeon.blogspot.eu

Anarchistische Gruppen der FdA

Anarchistisches Radio Berlin – ww.aradio.blogspot.de

Gruppe X Berlin – afb@riseup.net

Anarchistische Gruppe Neukölln – ww.anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest* – www.a-netz.org

AG K.A.R.O Mainz – www.agkaro.blogspot.de

alert|a Pforzheim – www.alertapforzheim.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Mannheim – www.anarchie-mannheim.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen – www.ant.blogspot.de

Libertäre Gruppe Heidelberg – www.anarchieheidelberg.blogspot.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe – www.lka.tumblr.com

Nigra – www.nigra.noblogs.org

Anarchistische Gruppen der FdA

ASJ Bonn – www.asjbonn.blogspot.de

ASJ Leipzig – www.asjl.blogspot.de

Initiative Anarchistische Föderation Nord – www.iafn.noblogs.org

Karakök Autonome Türkei/Schweiz – www.karakok.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein – nico@mynona.de

AK Freizeit – www.libertaeres-netzwerk.org

IK Dokumentation – www.libertaeres-netzwerk.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich) – www.a4druck.ch

Assoziierte Projekte der FdA

Allgemeines Syndikat Dresden – www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln – anarchistischesforumkoeln.blogspot.de

e*vibes (Dresden) – evibes.blogspot.de

